



Diese Woche:

Seite 2 :
Gute-Kita-Gesetz



Seite 3:
Kindergeldindexierung im Ausland



Seite 4:
Bewilligung vorläufiger Altersrenten für Landwirte



Liebe Leserinnen und Leser,

auch nach der Landtagswahl in Bayern gab es in Berlin ein umfangreiches Programm. Die Beratungssitzungen zum Haushalt 2019 laufen auf Hochtouren. Wir halten unser Versprechen ein und investieren im kommenden Jahr noch mehr in das Land und die Menschen.

Weiterhin haben wir gemeinsam mit unserer Schwesterpartei, der CDU, das Gute-Kita-Gesetz auf den Weg gebracht. Wir wollen junge Familien in Deutschland angemessen unterstützen und entlasten.

Auch das Kindergeld war eines der zentralen Themen der CSU.

Meinen Standpunkt zur Indexierung des Kindergeldes vertrat ich in meiner Rede am Donnerstagabend (siehe Seite 3).

Ebenfalls haben wir über die Entlastung in Höhe von 8 Mrd. Euro für Arbeitnehmer in der gesetzlichen Krankenversicherung abgestimmt.

Herzliche Grüße

Ihr



Gute Betreuung in guten Kitas

Nach dem Baukindergeld und der Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibetrag bringt die Koalition nun mit dem "Gute-Kita-Gesetz" ein weiteres wichtiges Projekt auf den Weg, um das Leben der Familien in Deutschland zu verbessern. Bund gibt dafür in den nächsten Jahren 5,5 Milliarden Euro

Qualität der Kitas verbessern

Der zuständige Berichterstatter der Unionsfraktion, Maik Beermann betonte, dass es das vorrangige Ziel von CDU und CSU sei, die Qualität der Kitas zu verbessern und mehr Betreuungsplätze zu schaffen. „Das ist die Pflicht, die Beitragsfreiheit ist die Kür“, sagte Beermann und verwies darauf, dass die Beiträge dort, wo es sie noch gibt, sozial gestaffelt seien.



5,5 Milliarden für die Länder

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass der Bund in den nächsten 4 Jahren 5,5 Mrd. € an die Bundesländer überweisen wird, um die Qualität der Kitas zu verbessern und die Familien bei den Kita-Beiträgen zu entlasten. Damit das Geld tatsächlich dort ankommt, wo es gebraucht wird, will die Bundesregierung mit den 16 Bundesländern individuelle Verträge abschließen, in denen konkret und nachprüfbar festgelegt wird, auf welche Weise und in welchem Zeitrahmen die Qualität der Kitas verbessert und die Eltern finanziell entlastet werden. „Jeder Euro Bundesgeld, der in die Länder fließt, muss bei den Kindern ankommen“, verlangte Schön in der Debatte.

„Großer Schritt in die richtige Richtung“

Ein „großer Schritt in die richtige Richtung“ so Silke Launert, Obfrau der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu den 6 Mrd. € Mehrausgaben seit 2009 für die Betriebskosten der Kitas an die Länder überwiesen hat. Hinzu kamen weitere rund 4,4 Mrd. € für Investitionen und seit 2016 2 Mrd. durch Wegfall des Betreuungsgelds, die nun ebenfalls für die Kinderbetreuung an die Länder gehen.

Für Marcus Weinberg, familienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, sorgt gute Kinderbetreuung für mehr Chancengerechtigkeit. Auch er fordert die Bundesländer auf, das Geld des Bundes jetzt „passgenau“ für die Bedürfnisse der Kinder und Familien einzusetzen und „die Qualität der Betreuung erheblich zu verbessern“. Das Gesetz soll noch vor der Weihnachtspause von Bundestag und Bundesrat beschlossen werden.

Wichtig: Guter Fachkraft-Kind-Schlüssel

In dem Gesetz werden vier Bereiche genannt, die bei der Qualitätsverbesserung besondere Priorität haben: ein guter Fachkraft-Kind-Schlüssel, bedarfsgerechte Angebote wie zum Beispiel verlängerte Öffnungszeiten, Gewinnung und Sicherung qualifizierter Fachkräfte sowie Stärkung der Kita-Leitungen etwa durch Fort- und Weiterbildung. Das Geld kann ebenfalls dafür verwendet werden, Räume kindgerechter zu gestalten, für gesündere und ausgewogenere Ernährung, die Förderung von Bewegung oder auch Gesundheits- und Sprachbildung sowie die Verbesserung der Kindertagespflege.



Kindergeld für im Ausland lebende Kinder

Die CSU im Bundestag, setzt sich bereits seit langem dafür ein, dass Kindergeldtransfers in Ausland an die Lebensumstände vor Ort angepasst werden. In ihrer Klausurtagung auf Schloss Neuhardenberg haben wir deshalb den Beschluss gefasst, in der wir die Bundesregierung auffordern, einen Gesetzentwurf zur Indexierung des Kindergeldes vorzulegen um damit den Druck auf die EU-Kommission zu erhöhen. Damit sollen die Beschlüsse des Europäischen Rates vom 18. und 19. Februar 2016 umgesetzt werden und eine verbindliche Rechtsgrundlage geschaffen werden.



Ein einfaches kopieren des Kindergeldsystems aus unserem Nachbarland Österreich ist schlichtweg unmöglich, da das Kindergeld in Deutschland eine Steuervergütung im Rahmen des steuerlichen Familienleistungsausgleichs darstellt, die vorrangig in Form des Kinderfreibetrags die Steuerfreistellung eines Einkommensbeitrages in Höhe des Kinderexistenzminimums bei der Besteuerung der Eltern zum Ziel hat. In Österreich hingegen wird das Kindergeld durch eine Entlastung bei der Einkommensteuer geregelt.

Es kann aus meiner Sicht nur eine europäische Lösung geben.

„Die Tür für Großbritannien muss offen bleiben“

Brinkhaus hielt in seiner ersten Rede als neuer Fraktionsvorsitzender vor dem Bundestag ein flammendes Plädoyer für das geeinte Europa. Man könne nicht oft genug betonen, dass die Europäische Union ein großes Friedensprojekt und ein erfolgreiches Wirtschaftsprojekt sei. Darüber hinaus sei sie eine Lösungsplattform für „alle Probleme, die wir alleine nicht hinbekommen“ – wie bei der Forschung, dem Klima und der Umwelt. Auf die Kritik, die EU reagiere zu schwerfällig, reagierte er mit den Worten, man solle „lieber etwas langsam zusammen machen, als dass man etwas gegeneinander macht“. Auch die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Katja Leikert betonte, kluge Kooperation sei besser, als wenn jeder vor sich hin werkele.

Brüssel und Berlin sind keine „Paralleluniversen“



Fraktionschef Brinkhaus forderte vom Bundestag mehr Einmischung in europäische Angelegenheiten. Brüssel und Berlin dürften sich nicht als „Paralleluniversen“ verstehen. Vielmehr sei der Bundestag „integraler Bestandteil des europäischen Rechtssetzungsprojekts“. Darüber müsse man öfter reden als bisher.

Die Entscheidung Großbritanniens, aus der EU auszusteigen, nannte Brinkhaus schmerzhaft. Nun müsse man aber das Beste daraus machen und die Verhandlungen „unter Freunden“ führen. Gleichwohl warnte er die Briten vor „Rosinenpickerei“ bei den Grundfreiheiten des Binnenmarktes. Vermieden werden müsse aber um jeden Preis, dass im Zuge des Brexits die Gewalt in Nordirland wiederauflebe. Katja Leikert zufolge wird gerade an der Frage Nordirlands deutlich, dass die Europäische Union in ihrem Kern ein Friedensprojekt sei. Ein Stück weit sei es paradox, dass mit dem Austritt Großbritanniens eine funktionierende erfolgreiche Gemeinschaft aufgelöst werde und nun neue Strukturen für eine Verbindung gefunden werden müssten, sagte sie.



CSU begrüßt Bewilligung vorläufiger Altersrenten

Die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) und das Bundesversicherungsamt sind übereingekommen, ab September 2018 bis zur einer gesetzlichen Neuregelung der Alterssicherung für Landwirte, vorläufig Rentenleistungen zu gewähren. Dazu erklärt die agrarpolitische Sprecherin der CSU im Bundestag, Marlene Mortler, MdB:

„Rund 4.000 Landwirte warten auf eine Bewilligung ihrer Rentenanträge. Die nun möglichen vorläufigen Rentenleistungen der SVLFG geben den Betroffenen finanzielle Sicherheit. Damit kann die Politik ein passgenaues und generationengerechtes Konzept für das landwirtschaftliche Alterssicherungssystem entwickeln und ohne zeitlichen Druck rechtssicher und zielgerichtet auf den Weg bringen.“

Trotzdem ist eine schnelle Rechtssicherheit gefordert. Klar ist, dass die bisherige Pflicht zur Hofabgabe kein Bestandteil der landwirtschaftlichen Alterssicherung mehr sein kann. Die CSU setzt sich für einen 'Generationenvertrag. Zukunft. Landwirtschaft.' ein, der Anreize für eine Abgabe des Hofes an die nachfolgende Generation schafft und Junglandwirte mehr unterstützt.“

Das Rentenpaket der Koalition sorgt für eine bessere Altersversorgung

Die Große Koalition hat für eine bessere Altersabsicherung ein umfangreiches Rentenpaket auf den Weg gebracht. Im Deutschen Bundestag wurde es jetzt in erster Lesung beraten.

Schicksalsschläge abfedern

Außerdem wird es erhebliche Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente geben. „Männer und Frauen, die aus gesundheitlichen Gründen in Zukunft nicht mehr arbeiten können, erhalten künftig eine höhere Rente“, fasst Peter Weiß das Vorhaben zusammen. Galt bisher, dass jemand, der wegen gesundheitlicher Probleme nicht weiterarbeiten kann, bei der Rente so gestellt, als



hätte er nur bis zum 62. Lebensjahr gearbeitet, wird diese Zurechnungszeit nun auf die Regelaltersgrenze von 67 Jahren angehoben. Damit gilt das offizielle Renteneintrittsalter künftig auch bei Erwerbsminderung.

Rentenniveau und Beitragssatz stabil halten

Grundsätzlich will die Koalition das Ren-

tenniveau bis 2025 bei mindestens 48% des Durchschnittslohns festschreiben. Der Beitragssatz soll gleichzeitig bei höchstens 20 % der Lohn- und Gehaltszahlungen stabilisiert werden.

Für die langfristige Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung wurde die Kommission „Verlässlicher Generationenvertrag“ eingesetzt, die bis Anfang des Jahres 2020 Vorschläge für die Zeit nach 2025 vorlegen soll. Denn auch für die Zeit danach strebt die Koalition die „doppelte Haltelinie“ an. Das heißt, es sollen die Beiträge und das Rentenniveau langfristig stabilisiert und absichert werden.



Für Sie erreichbar...

in Berlin:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 / 227 77420
E-Mail: alois.rainer@bundestag.de

im Wahlkreis:
Schulstraße 1
94353 Haibach
Telefon: 09963 / 943 9494
E-Mail: alois.rainer.wk@bundestag.de